



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

01.07.2025 Beschluss Nr. 121-2025 Einzelinitiative 13765; Marcel Schmid; Keine Vermietung oder Verpachtung an extremistische Personen; Vorläufige Unterstützung durch Gemeinderat

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Einzelinitiative; Marcel Schmid; Keine Vermietung oder Verpachtung an extremistische Personen; Vorläufige Unterstützung durch den Gemeinderat

Gestützt auf Artikel 9 Absatz 2 der Gemeindeordnung (GO) hat Marcel Schmid am 14.03.2025 die nachfolgende Einzelinitiative eingereicht:

Titel:

Keine Vermietung oder Verpachtung an extremistische Personen

Antrag:

Artikel 27 Absatz 3 wird neu der Buchstabe j eingefügt mit dem Text: Er sorgt dafür, dass die Vermietung, Untervermietung, Verpachtung und Unterverpachtung von städtischen Liegenschaften weder an natürliche oder juristische Personen erfolgen kann, die ein rassistisches, sexistisches oder fremdenfeindliches Gedankengut vertreten.

Begründung:

Bekanntlich hat im Dez. 2024 in den Räumlichkeiten des Restaurants Schluefweg eine Veranstaltung von Personen der rechtsextremen Szene stattgefunden. Auf die Anfrage von Gemeinderat Max Töpfer hat der Stadtrat kurz zusammengefasst geantwortet, er könne nicht viel tun um in Zukunft dies zu verhindern.

Dem ist aber nicht so. Analog zu privaten Vermietern oder Verpächtern kann er unter anderem festlegen, welche Mieter/Pächter hätte ich gerne, die Hausordnung usw. Dies widerspricht weder der Meinungsfreiheit noch der übergeordneten Rechtsordnung.

Es leben und/oder arbeiten viele Personen in Kloten, die aus diversen Ländern stammen, auch nennt sich Kloten ja gerne Weltstadt, deshalb sollte es extremistischen Personen und Organisationen nicht möglich sein, dass sie bei uns in städtischen Liegenschaften Veranstaltungen durchführen können.

Da mein Vorschlag dem obligatorischen Referendum untersteht bitte ich Sie, es der Stimmbevölkerung zu ermöglichen Stellung dazu zu nehmen, ob sie unter anderem die Ansicht des Stadtrates in dieser Angelegenheit teilt oder nicht.

Weiteres Vorgehen

1. Vorläufige Unterstützung durch Gemeinderat (innert 6 Monaten nach Einreichung; min. 1/3 der GR Mitglieder, d.h. 11 Ja-Stimmen nötig)
 - a. Falls Ja: ► weiter zu Punkt 2
 - b. Falls Nein: erledigt
2. Gültigkeitsüberprüfung durch den StR (Einheit der Materie, Wahrung übergeordneten Rechts, keine offensichtliche Undurchführbarkeit)
 - a. Falls gültig: Bericht und Antrag an den GR (innert 18 Monaten seit vorläufiger Unterstützung) ► weiter zu Punkt 3
 - b. Falls ungültig: Antrag auf Ungültigerklärung an den GR (ebenfalls innert 18 Monaten) ► weiter zu Punkt 4
3. Bericht und Antrag des StR auf Gültigerklärung
 - a. (Regelfall): Materielle Behandlung im GR ► weiter zu Punkt 5
 - b. Falls Antrag der vorberatenden Kommission (GRPK) oder eines Ratsmitgliedes auf Ungültigerklärung: ► weiter zu Punkt 4
4. Bericht und Antrag des StR auf Ungültigerklärung (oder Antrag gemäss 3 b)
 - a. Entscheid des GR über die Gültigkeit (einfaches Mehr, also 16)
 - i. Ungültig: ► Ungültigerklärung: erledigt
 - ii. Gültig: Zurückweisung an den StR zu Bericht und Antrag
5. Materielle Beschlussfassung im GR (einfaches Mehr)
 - a. Zustimmung zur Initiative: ► Auftrag an StR zur Vorlage an der Urne
 - b. Ablehnung der Initiative:
 - i. Ohne Gegenvorschlag: erledigt
 - ii. Mit Gegenvorschlag ► Vorlage des Gegenvorschlages zur Urnenabstimmung

Beschluss Ratsleitung:

1. Die Ratsleitung beschliesst die Traktandierung auf die Gemeinderatssitzung vom 3. Juli 2025.
2. Die Ratsleitung beschliesst folgende Empfehlung z.H. des Gemeinderats:

Das Anliegen zur Anpassung der Gemeindeordnung in Form einer Einzelinitiative erachtet die Ratsleitung als formell korrekt. Die Ergänzung von Art. 27 Abs. 3; GO Änderungen unterstehen dem obligatorischen Referendum. Ob die Einzelinitiative materiell aufgrund Wahrung übergeordneten Rechts (Meinungs- und Versammlungsfreiheit) sowie Undurchführbarkeit (Kontrollierbarkeit) als gültig erklärt werden kann, stellt die Ratsleitung allerdings in Frage. Die rechtlichen Abklärungen diesbezüglich liegen jedoch bei einer allfälligen Überweisung beim Stadtrat.

Beschluss:

Es sind 30 Stimmberechtigte anwesend.

1. Die Einzelinitiative 13765; Marcel Schmid; Keine Vermietung oder Verpachtung an extremistische Personen erhält mit 12 Ja zu 18 Nein-Stimmen die vorläufige Unterstützung durch den Gemeinderat.
2. Der Stadtrat wird beauftragt die Gültigkeitsüberprüfung durchzuführen und dem Gemeinderat Bericht und Antrag innert der vorgegebenen Frist vorzulegen.

Wortmeldungen

Ratspräsident, Philip Graf: *Kommen wir zum ersten Traktandum. Das ist die Einzelinitiative 13765; Marcel Schmid; Keine Vermietung oder Verpachtung an extremistische Personen; Vorläufige Unterstützung durch den Gemeinderat. Gestützt auf Artikel 9 Abs. 2 der Gemeindeordnung hat Marcel Schmid am 14.03.2025 die Einzelinitiative eingereicht. Für die vorläufige Unterstützung und somit die Überweisung an den Stadtrat bedarf es einer Unterstützung von einem Drittel des Gemeinderats, gemäss GGR Artikel 141 Abs. 3 lit. b. Der Gemeinderat zählt 32 Mitglieder, somit sind elf Stimmen für die Überweisung notwendig. Die Ratsleitung hat die Einzelinitiative am 22.04.2025 geprüft. Das Anliegen zur Anpassung der Gemeindeordnung in Form einer Einzelinitiative erachtet die Ratsleitung als formell korrekt. Die Ergänzung von Artikel 27 Abs. 3, GO-Änderung untersteht dem obligatorischen Referendum. Ob aber die Einzelinitiative materiell, aufgrund der Wahrung von übergeordnetem Recht, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie Undurchführbarkeit, Kontrollierbarkeit als gültig erklärt werden kann, stellt die Ratsleitung allerdings infrage. Die rechtlichen Abklärungen diesbezüglich liegen jedoch bei einer allfälligen Überweisung beim Stadtrat. Kommen wir zum Ablauf: zuerst Wortmeldungen aus dem Stadtrat, dann Wortmeldungen aus dem Gemeinderat und dann die Abstimmung. Möchte sich der Stadtrat bereits kurz dazu äussern?*

Stadtpräsident, René Huber: *Wir haben uns mit der Initiative noch nicht befasst und werden uns heute noch nicht äussern.*

Ratspräsident, Philip Graf: *Vielen Dank für das kurze Votum, René Huber. Ich bitte einfach, um das nächste Mal auch nur bei kurzen Voten das Mikrofon zu verwenden, einfach damit wir es im Audio-Protokoll drin haben. Gibt es Wortmeldungen aus dem Gemeinderat. Max Töpfer, SP.*

SP-Fraktion, Max Töpfer: *Junge Tat, Alice Weidel, Hans-Georg Maaßen, der russische Botschafter, der argentinische Staatspräsident Javier Milei und so weiter. Die Liste der Rechtsextremen und Feinden von Demokratie und Menschenrechten, die hier im Zentrum Schluefweg in den vergangenen Monaten und Jahren aufgetreten sind, ist lang. Kloten ist mittlerweile landesweit als Hotspot des Rechtsextremismus bekannt. Für eine Stadt, die sich selbst gerne Weltstadt nennt, ist das einfach nur beschämend. Während andere Städte wie Illnau-Effretikon klare Haltung gezeigt und entsprechende Veranstaltungen verboten haben, scheint unserem Stadtrat der moralische Kompass zu fehlen. Bei der Beantwortung der Anfrage von Diana Diaz und mir im Frühjahr dieses Jahres hat sich der Stadtrat auf eine passive Position zurückgezogen. Er verweist auf die Meinungsfreiheit. Doch auch die Meinungsfreiheit hat ihre Grenzen. Nämlich dort, wo Hass gesät wird, wo demokratische Grundwerte mit Füßen getreten werden, da endet diese Freiheit. In Kloten gibt es keine klaren Richtlinien, die extremistische Anlässe in städtischen Lokalisationen wie dem Restaurant 8302 oder dem Stadtsaal verbieten. Und seitens Stadtrat besteht auch kein Wille, solche zu erlassen. Unter dem Deckmantel einer falsch verstandenen Meinungsfreiheit können sich Rechtsextreme, Netzwerke unbehelligt in unserer Stadt und im Zentrum Schluefweg treffen. In Zeiten eines erstarkenden Rechtsextremismus, der systematisch die Rechte vieler Menschen angreift und die Demokratie zerlegt, ist diese Haltung mehr als fahrlässig. Wir danken dem Einzelinitianten Marcel Schmid darum für seinen Vorstoss. Seine Initiative spricht ein dringendes Problem an und setzt ein wichtiges Zeichen. Die Form und der Text der Initiative sind zwar mangelhaft, so kann man sich die Frage stellen, ob die Gemeindeordnung der richtige Ort für eine solche Regelung ist. Der*

parlamentarische Prozess bietet aber die Möglichkeit, das Anliegen noch einmal zu überarbeiten und in anderer Form Lösungen zu finden. Die SP wird darum heute Abend die Einzelinitiative vorläufig unterstützen. Wir hoffen, dass Stadt- und Gemeinderat diese Gelegenheit nutzen, um endlich aktiv zu werden. Vielleicht sogar in Form eines längst überfälligen Aktionsplans gegen Rechtsextremismus in unserer Stadt. Nie wieder ist jetzt. Bitte unterstützt diese Initiative und bekennt Farbe für eine freie, offene und demokratische Gesellschaft.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Max Töpfer. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Brian Dieng, GLP.

GLP-Fraktion, Brian Dieng: Wir hatten gerade vor kurzem ein wunderbares Beispiel von direkter Demokratie in Kloten, nämlich die Landsgemeinde, die auf dem Stadtplatz stattfinden konnte. Und jetzt haben wir auch noch eine Einzelinitiative aus der Bevölkerung bekommen. Also ich finde es toll, wie eine direkte Demokratie bei uns gelebt wird. Und, was mir aufgefallen ist, seit die Junge Tat hier war, im Restaurant sind viele Einwohner:Innen von Kloten zu mir gekommen, aus allen Altersklassen, und haben mich gefragt, ob die Exekutive nichts machen kann. Und das Einzige, was ich dann auch erwidern konnte, war die Antwort auf die Anfrage von Töpfer und Diaz, welche Max Töpfer auch schon angetönt hat, Ja, wo nachher eigentlich niemand von diesen Leuten zufrieden war mit dieser Antwort und wie fand, jetzt weiss ich etwa gleich viel wie vorher. Was ich mich auch immer gefragt habe, seit das passiert ist und in den Medien war, wieso kann Illnau-Effretikon das, was der Initiant im Grunde fordert, und wieso können wir das nicht? Darum, um das herauszufinden, ist die GLP bereit dazu, die Einzelinitiative zu unterstützen? Und wir hoffen, ihr werdet uns das leicht tun. Danke vielmals.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Brian Dieng. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Peter Nabholz, FDP.

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: Soll die freie Meinungsäusserung beschnitten werden? Sollen zukünftig Kontrollen für den Eintritt im Gemeinssaal und im Freibad gelten? Unsere Gemeindeordnung soll neu allenfalls Bestimmungen enthalten, die sich gegen rassistisches, sexistisches, fremdenfeindliches Gedankengut richten, insbesondere wenn es um öffentliche Veranstaltungen oder Äusserungen im öffentlichen Raum geht, gemäss dem Initiant Marcel Schmid. Eine komplexe Frage, die verschiedene gesellschaftliche, aber auch rechtliche Aspekte berührt. Ich möchte Ihnen anhand von zwei Beispielen später aufzeigen, was das heisst. Die erst kürzlich stattgefundenen Proteste an den Schweizer Universitäten gegen Israel sind umstritten. Einige sehen sie als legitime Kritik an politischen Entscheidungen der Regierung, während andere sie als antisemitisch oder fremdenfeindlich anschauen. Ein Verbot solcher Proteste müsste sorgfältig abgewogen werden. Während Hassreden und Diskriminierung klar verboten werden können und auch sind, ist politische Meinungsäusserung grundsätzlich geschützt. Die Herausforderung darin besteht, eine Grenze zu ziehen zwischen legitimer Kritik und diskriminierenden und hetzerischen Aussagen. Können wir das erreichen, indem wir die Kontrolle des Gedankenguts in unsere Gemeindeordnung eintragen? Das Beispiel 1 ist aus der 20 Minuten. Da haben sich Jungpolitiker von Links solidarisiert mit den Aktivisten an Schweizer Unis, die meiner Meinung nach ganz klar israelfeindlich sind. Damit besteht Gefahr, dass diese überschwappt und Juden verfolgt werden. Das sind Menschen, die sich unsicher fühlen. Ist das rechtens, wenn auf der Strasse der Mob auf die Juden losgeht? Nützt diese gut gemeinte, aber für mich logisch nicht umsetzbare Forderung im öffentlichen Teil von Klotener Institutionen? Was wäre die Konsequenz? Die Konsequenz wäre, dass in Zukunft, vorausgesetzt das Volk nimmt den Urnengang an, respektive vielleicht auch den Gegenvorschlag, Max Töpfer und Diana Diaz als Jungpolitiker, die möglicherweise noch bei ihren Jungparteien sind oder waren, beim Eintritt durchleuchtet werden müssten ob sie jetzt nach wie vor Mitglied dieser Partei sind, die sich ja solidarisieren oder möglicherweise sogar Stimmung in diese Richtung machen. Ist das fair gegenüber Diana und Max? Ich finde, nicht. Wenn wir sagen, huh, sie könnten ja Gedankengut vertreten, die nicht in diesen Saal passen - Wie machen wir das? Wie kontrollieren wir das? Wie kontrolliert das die Polizei, Gabi? Beispiel 2 - Der Punkt

sexistisches Gedankengut. In der nächsten Vorlage stimmen wir mit der Vorlage zu dem Schwimmbad auch über Beachvolleyballfelder ab. Die norwegischen Beachhandballerinnen sind nach einer Protestaktion bei der EM im bulgarischen Varna gegen Kleidervorschriften vom Dachverband mit einer Geldstrafe von 1'500 Euro belastet worden, weil sie statt der vorgeschriebenen Bikinihöschen eine längere Sporthose getragen haben. Die Disziplinarkommission hat diesen Fall als Fall unangemessener Bekleidung betitelt. Meine Damen und Herren, wenn eine oder mehrere Beachvolleyballerinnen aus ihrer Sicht auf Fleischbeschauung verzichten, werden sie verwahrt und gebüsst. Wäre das in Zukunft ein oder mehrere Volleyballerinnen, die ein knappes Höschen tragen, nicht automatisch auch angeprangert in Kloten, dass sie sexistisches Gedankengut haben? Hätte es das Freibad Kloten als öffentliche Anlage mit dem Nachtrag nicht Pflicht, Sittenwächter an die Tore zu stellen, wäre eine Volleyballerin, die allfällig ein knappen Bikini trägt, demzufolge nach Annahme dieser Einzelinitiative, eine extremistische Person, weil sie solches Gedankengut haben können oder den Zuschauer übertragen? Ich komme zum Schluss. Ich glaube nicht, dass Diana und Max der Zugang zu unserer Gemeinderatssitzung im Zentrum Schluefweg, noch der freizügig angezogenen Volleyballspielerin der Zugang zum Freibad verwehrt werden sollten. Das Recht auf Meinungsfreiheit, auch wenn ich die von Max und Diana rein logisch nicht immer teile, muss erhalten bleiben. Auch in demokratischen Ländern ist es ein fundamentales Prinzip. Und für mich als Präsident der GRPK, weil ich alle politischen Meinungen in einer Kommission führen darf, sogar extrem spannend. Das will ich, als Originalliberaler, nicht verhindern. Daher stimmen wir in der Fraktion Nein auch nur zur vorläufigen Umsetzung. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Peter Nabholz. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Pascal Walt, Die Mitte.

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: Wir verstehen den Reflex dieser Einzelinitiative, etwas zu unternehmen wollen. Schliesslich will niemand extreme und destruktive Kräfte in unserer Stadt. Sie widersprechen oft, wir haben es gehört, unseren gemeinsamen Werten und unserem gemeinschaftlichen Zusammenleben. Aber neutral betrachtet würde die beantragte Änderung in der Gemeindeordnung dazu führen, dass wir ein Verbot erlassen, ein generelles Verbot erlassen, welches Punkt 1, ein Problem lösen will, welches bis jetzt eigentlich rechtlich noch gar nicht eingetroffen ist und hoffentlich auch nicht wird - die Gäste der erwähnten Veranstaltung haben sich nach unserem Wissensstand soweit korrekt verhalten - und Punkt 2 schwierig durchführbar wäre, weil man kaum kontrollieren oder vorab kontrollieren kann, welche Gäste ein extremes Gedankengut haben und welche nicht, und Punkt 3, ironischerweise im Umkehrschluss, dass das Verbot sogar diskriminierend wirkt, weil es in unserem Verständnis das Versammlungsrecht und die Meinungsfreiheit angreift. Hoffentlich werden wir anders belehrt, wir wissen es noch nicht. Aber die Mitte empfiehlt entsprechend die Einzelinitiative nicht zu unterstützen. Danke vielmals.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke Pascal Walt. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Diana Diaz, Grüne.

Grüne Fraktion, Diana Diaz: Das meiste wurde von meinen Vorredner:Innen schon gesagt. Ich möchte einfach nur noch betonen, Gruppierungen wie die Junge Tat wurden vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft und solche Gruppierungen gehen im Schluefweg ein und aus. Auch Mitglieder der Organisation Blood&Honour, die in Deutschland verboten ist, waren an so einer Veranstaltung in Kloten. Kloten ist landesweit als Treffpunkt der rechtsextremen Szene bekannt und das macht uns Sorgen. Darum haben wir die schon erwähnte Anfrage am 6. Januar beim Stadtrat eingereicht und leider, wie gesagt, nur unbefriedigende Antworten bekommen. Es braucht von der Stadt eine Strategie, damit sich Kloten nicht als Hotspot des Rechtsextremismus etabliert. Auch wenn es noch rechtliche Abklärungen bezüglich übergeordnetem Recht braucht, begrüßen wir die Stossrichtung der Initiative und werden sie als Grüne Fraktion unterstützen.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Diana Diaz. Gibt es weitere Wortmeldung aus dem Rat? Marco Brunner, SVP.

SVP-Fraktion, Marco Brunner: Die SVP lehnt die vorliegenden Einzelinitiativen aus folgenden Gründen ab. Zuerst einmal müssen wir klarstellen, wie auch hier schon gesagt wurde, dass wir keinen Abstrich machen, wenn es um die Sicherheit der demokratischen Grundwerte unserer Stadt geht. Wir lehnen Extremismus jeder Form klar ab, egal von welcher politischen Richtung oder von welcher religiösen Gemeinschaft sie auskommt. Hass, Gewaltverherrlichung und Aufruf zur Intoleranz, dafür ist in unserer Gesellschaft definitiv kein Platz und das ist unsere feste Haltung und da gibt es nichts zu rütteln. Doch gerade weil wir den Extremismus konsequent bekämpfen wollen, müssen wir auch differenzierter und rechtsstaatlich handeln. Und genau da liegt das Problem dieser Initiative. Die Initiative will verhindern, dass städtische Liegenschaften an Personen oder Organisationen vermietet oder verpachtet werden, die ein rassistisches, sexistisches oder fremdenfeindliches Gedankengut vertreten. Das klingt auf den ersten Blick absolut nachvollziehbar, wirft aber in der Umsetzung, wie oft, grosse Fragen auf in der rechtlichen und praktischen Seite. Erstens, wer entscheidet, was als rassistisch oder fremdenfeindlich zu gelten hat? Gibt es eine neutrale Instanz oder hängt es letztlich davon ab, wie ein einzelner Beamter oder ein Ausschuss eine politische Gesinnung bewertet? Was ist mit linksextremistischen Gruppen, die Gewalt gegen Eigentum oder Polizei gutheissen? Und, da muss ich schnell eine Randbemerkung zu den Reden von Max und von dir, Diana machen. Wenn man euch so zugehört hat, könnte man meinen, auf unseren Strassen wehen Hakenkreuzfahnen und es würde jedes Wochenende der Hitlergruss gemacht. Ich habe nachher schnell die Statistiken des Nachrichtendienstes des Bundes angeschaut. 2022 linksextremistische Aktivitäten total 220, rechtsextremistische Taten 36. Linksextremistische Taten mit Gewalt 89, rechtsextremistische Taten mit Gewalt 5. Es gibt nichts zu verherrlichen vom Rechtsextremismus, aber ihr vergesst auch immer den Linksextremismus. Oder was ist mit religiösem Extremismus, der die westlichen Werte komplett ablehnt? Es darf nicht sein, dass eine einzelne Strömung ins Visier genommen wird, während andere still toleriert werden. Wir fordern die Gleichbehandlung aller extremistischen Ausprägungen, aber nicht auf Kosten der Rechtssicherheit oder sogar der Meinungsfreiheit. Eine Gesinnungsprüfung bei der Vermietung von städtischen Räumen lehnen wir entschieden ab. Sie ist rechtlich fragwürdig, praktisch nicht umsetzbar und öffnet Tür und Tor für Willkür. Zweitens hat der Stadtrat, wie die Antwort ebenfalls schon gesagt hat, bereits heute die Möglichkeit, in konkreten Fällen einzugreifen, etwa wenn eine Veranstaltung gegen ein geltendes Recht verstösst oder Sicherheitsrisiken mit sich bringt. Wir brauchen keine schwammige Ergänzung in der Gemeindeordnung, die mehr Fragen aufwirft als beantwortet. Meinungs- und Versammlungsfreiheit, auch wenn sie manchmal unbequem ist, darf durch pauschale Vorschriften nicht eingeschränkt werden. Genau das unterscheidet eine freie Gesellschaft von einem ideologisch gesteuerten Verwaltungsapparat. Die SVP steht für einen starken Rechtsstaat, für Gleichbehandlung und für klare Kanten gegen jede Form von Extremismus, ohne ideologische Scheuklappen und ohne juristische Abenteuer. Besten Dank.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Marco Brunner. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Tanja Woodhatch, ich habe dich vorher noch gesehen aufstrecken, wegen dem frage ich nochmal nach? Alles klar. Dann darf ich dich nach vorne bitten, Tanja Woodhatch.

EVP-Fraktion, Tanja Woodhatch: Ich möchte mich gerne den Voten von Max und Diana anschliessen. Ich finde auch, dass wenn eine Gruppierung gemäss dem Nachrichtendienst oder offiziell als rechtsextrem eingestuft wird, geht es nicht um eine Gesinnungsprüfung von einzelnen Personen, sondern wenn man schon weiss, dass die AfD oder die Junge tat so eingeschätzt wird, ist das nicht etwas, das man gegen Einzelpersonen richtet, sondern gegen gewisse Organisationen und Verbände, die bekannt sind für ihr Gedankengut, das würde ich mal festhalten. Und noch zum Nabi, ich habe das Gefühl, du hast das Kinde mit dem Bade ausgeschüttet, wenn du da über die Israel-Proteste redest. Die Leute, die gegen das protestiert haben, protestieren, in meinem Verständnis, gegen die Regierung, was die Regierung macht in diesem Krieg, was sie bombardiert. Ich glaube nicht, dass die jetzt Juden angreifen, da hatte ich jetzt überhaupt nicht den Eindruck. Also für mich ist das doch etwas ganz Anderes, wenn sich jemand wehrt, oder sagt, was die Regierung macht, das geht überhaupt nicht, hat doch nichts mit der Fremdenfeindlichkeit gegenüber der

Bevölkerung zu tun, sogar im Gegenteil, eigentlich möchte man vielleicht sogar die Bevölkerung schützen und sagt, hey, was die Regierung macht, ist auch schlimm, aber die Bevölkerung hat ja eigentlich mit dem nichts zu tun. Da finde ich, da wurden wie so Äpfel und Birnen miteinander gemischt. Aber jedenfalls fände ich es auch ein grosses Anliegen, dass wir uns ganz klar wehren, bevor es zu spät wird. Also ich verstehe nicht, dass man nicht klar sagen kann, ich verstehe, dass ihr sagt, ja, das ist alles relativ und wie sollen wir das dann genau machen, da haben ja auch die Linken gesagt, da würden wir das nochmal genauer anschauen, wie man das wirklich nach gewissen Kriterien definieren kann, aber einfach zu finden unter dem Deckmantel Meinungsfreiheit, es ist einfach alles in Ordnung, es ist einfach alles zugelassen, wir machen einfach beide Augen zu und wenn da Sachen passieren, wo, wie gesagt, Fremdenfeindlichkeit schüren, Hass schüren, Konflikte innerhalb der Bevölkerung noch verstärken, weil wir haben viele Ausländer hier. Wir brauchen eigentlich nicht noch Menschen, die gegen diese Leute reden und sich versammeln können und sich gegenseitig hineinsteigern. Also ich finde absolut, dass Kloten ein klares Zeichen setzt und sagt, hey, Extremismus hat hier keinen Platz. Danke vielmals.

Ratspräsident, Philip Graf: Danke, Tanja Woodhatch. Weitere Wortmeldung aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wie eingangs erwähnt, sind für die vorläufige Unterstützung und somit für die Überweisung an den Stadtrat elf Stimmen nötig. Wer die Einzelinitiative vorläufig unterstützen möchte, soll jetzt aufstehen. Wer dagegen ist, soll jetzt aufstehen. Gibt es Enthaltungen? Das ist nicht der Fall. Die Einzelinitiative erhält somit 12 Stimmen dafür und 18 Stimmen dagegen, bei 0 Enthaltungen und wird somit vorläufig unterstützt und an den Stadtrat überwiesen. So, bevor wir zum nächsten Traktandum kommen, noch eine kurze Anmerkung in eigener Sache. Das Restaurant, einfach als Hinweis, hat nur bis um 22 Uhr die Möglichkeit zu kochen, dies wegen der Mieter. Und deswegen bitten wir euch, auch wenn ihr natürlich viel zu sagen habt zum folgenden Traktandum, euch möglichst kurz zu halten, dass wir vielleicht möglicherweise allerspätestens um 20 Uhr dort sind. Und wenn es nicht geht, ist klar, das ist kein Problem, aber trotzdem denkt bitte ans Restaurant. Vielen Dank.

Mitteilung an:

- Marcel Schmid, Kloten
- Gemeinderat
- Stadtrat
- Verwaltungsdirektor

Für getreuen Auszug:



Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Versandt: -2. Juli 2025